

Die Ukraine und die Eurasische Union

Die Sicherheit Asiens ist einzig die Angelegenheit **Asiens**. Dieses ist eine zentrale geopolitische Strategie Chinas. Dabei gewinnt China von Jahr zu Jahr an wirtschaftlichem und politischem, einschl. militärpolitischem Gewicht – weltweit und speziell in Asien, insb. in Zentralasien.

Die Integration Europas wird als Friedenssicherung **Europas** gesehen. Dabei wird von Politikern die Grenzlinie Europas scheinbar geographisch, primär aber politisch gezogen.¹ Gekennzeichnet ist dieser Integrationsprozeß durch eine fortwährende Ausdehnung und Vertiefung.

Angesichts dieser Abgrenzung von Europa und Asien erscheint es möglich, dass die Strategien Chinas und Europas letztendlich eine erste Teilung **Russlands**² in seinen europäischen und seinen asiatischen Teil implizieren.³ Oder fallen letztendlich die kontinentalen geographischen Grenzen und die politischen Grenzen der „kontinental-benannten“ Großräume weit auseinander? Reicht dann der politische Großraum Asien bis an die jetzige Westgrenze Russlands? Oder reicht der europäische Großraum bis an die jetzige Ostgrenze Russlands. Letzterer Fall erscheint auch langfristig als extrem unwahrscheinlich. Ersterer kann angesichts der Ukraine-Politik der USA und Europas nicht ausgeschlossen werden.

Beinhalten die Strategien Chinas und Europas letztlich für die **zentralasiatischen Republiken (einschl. der transkaukasischen Republiken)** langfristig eine gebundene Ausrichtung nach China? Viele dieser Republiken „vereinen“ infolge ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrer Bevölkerungsstruktur (einschl. der Religionszugehörigkeiten usw.) ebenso wie Russland eine asiatische und eine europäische Mentalität bzw. Seele. Geopolitischer Druck von Dritten bringt diese Republiken in die Gefahr gesellschaftlicher Instabilität und im Extremfall des „Auseinanderfallens“ – vergleichbar mit der potentiellen Entwicklung in der Ukraine. Dabei wiesen alle ein Zieldreieck mit großer Priorität vor allen andern Zielen auf. Dieses Dreieck bilden erstens: ökonomisches Wachstum (also steigender materieller Wohlstand, durchaus in einigen Republiken primär für die führenden „Familien“), zweitens: gesellschaftliche Stabilität (also Vermeidung jeder Art von Revolution oder „Bürgerkrieg“, aus welchen Gründen auch immer) sowie drittens: territoriale Integrität (also Erhalt und Sicherung des Staatsgebietes und der Staatlichkeit).

¹ Die Betrachtung von Europa als ein Kontinent stammt aus der Antike (genauer der europäischen Antike). Die Grenzziehung zur Asien war und ist letztlich immer politisch, da es geographisch, geologisch keine wirkliche Grenze gibt. Bei Herodot war bspw. der Kaukasus die Grenze; Transkaukasien gehörte nicht zu Europa. P.J.v. Strahlenberg (und damit der russische Zar, in dessen Auftrag die Grenzbestimmung erfolgte) zog sie deutlich nördlich des Kaukasus. Die politische Grenze zwischen Griechenland und der Türkei einschl. der jeweiligen Inseln in der Ägäis gilt heute als die kontinentale Grenze von Europa und Asien. Es gibt viele Verschiebungen der Abgrenzung in der Zeit.

² Da Transkaukasien nicht zu Europa „gehört“, ist Stalin ein „Asiate“ und verfolgte letztlich die Vorstellung der „Vereinigung“ des Gesamtgebietes „Eurasien“. Darin haben Verwaltungsgrenzen keine Rücksicht auf die Grenzen der Siedlungsgebiete von Ethnien zu nehmen (es gibt für ihn letztlich kein „Recht“ einer Ethnie in einem Gebiet alleine und geschlossen und für alle Zeit zu leben). Ein gewisses Vorbild aus der Sicht der geographischen Ausdehnung stellt das Großreich von Dschingis Khan dar. Vgl. u.a. (seit 2.12.2007 im Internet): Wilfried Fuhrmann; Eurasien – Stalin vs. Europa; http://www.essadbey.de/pdf/Eurasien_Stalin_Europa.pdf

³ Geologisch und geographisch bilden „Asien“ und „Europa“, beide auf einer tektonischen Platte schwimmend, einen einzigen Kontinent: Eurasien. Erst zum Zwecke der kulturellen Eigenabgrenzung und aufgrund der natürlichen Hindernisse (in Verbindung mit ihrem Weltbild) propagierten die Griechen „Europa“ als einen eigenständigen Kontinent in Abgrenzung zu Asien (mit Skythen usw.).

Asiatischen Republiken, die weder eine starke einseitige Abhängigkeit von China noch von der EU (und den USA) wollen, bleiben **drei Auswege**.

Erstens: Die einzelstaatliche Unabhängigkeit (Typ: Schweiz, Norwegen, usw. bis hin zu einer Art von EFTA oder bis hin zu Zwischenschritten vergleichbar dem gemeinsamen Wirtschaftsraum von EU und EFTA).

Zweitens: Die Bildung eines islamischen Verbundes von Staaten (u.a. mit Turkmenistan), .

Drittens: Die Bindung an Russland bei Wahrung des eigenen staatlichen Einflusses. Die aktuelle Grundidee schuf Kasachstan. Eine Art von Blaupause liefert die EU, die auch nicht von dem bevölkerungsstärksten, wirtschaftsstärksten Mitgliedsstaat dominiert wird. Die Großmacht Russland ließe sich derart vergleichbar institutionell „binden“. Die Mischung von europäischer und asiatischer Mentalität und damit auch der gesellschaftlichen Werte lässt sich somit möglicherweise in einem „Verbund“: **Eurasien** bewahren. Diese Region könnte als die Mitte oder das Herzstück des eurasischen Kontinentes betrachtet werden. Damit läge ein dritter politischer, geopolitisch gewichtiger Großraum auf der tektonischen Platte zwischen den beiden „Blöcken“: China und EU. Und diese Eurasische Union trägt die politische Vorstellung einer Art von Brücke, Scharnier⁴ oder Transitschiene⁵. Neben der von China kontrollierten „maritimen“ Seidenstrasse zwischen China und Europa, entstünde dann eine land- und luftgestützte Seidenstrasse.

Die neuerliche Betonung von Eurasien und die Initiierung bspw. einer „**Eurasischen Zollunion**“, einer „**Eurasischen Wirtschafts- und Währungsunion**“ und einer „**Eurasischen Union**“ wurden in der deutschen Öffentlichkeit kaum beachtet und wenn doch, dann diskreditierend als ein von Russland, insbes. seinem Präsidenten W. Putin initiiertes und später dominiertes Club bzw. als eine Art Sowjetunion in einem neuen Gewand. Dabei war jedem politisch denkenden Menschen klar, dass EU-Programme wie die der Östlichen Partnerschaft, der Guten-Nachbarschaft usw. mit dieser neuen Idee und Initiative „Eurasien“ jetzt so in Konkurrenz stehen wie zuvor mit den alten (imperialen) Einflussphären.

Ein politischer Fehler (oder besonderes Geschick?) der Propagierung dieses „Eurasiens“ war möglicherweise der Bezug auf die EU als Vorbild. Mit diesem Vergleich wurde aber im Westen offenbar weniger der Aspekt der Friedenssicherung in Europa durch die EU in Analogie auf Eurasien übertragen. Gedacht wurde möglicherweise mehr an den geopolitischen Anspruch der EU – und möglicherweise auch an eine aggressive Durchsetzung. Eine politische Vision von einer Art von Unterordnung Russlands bzw. von seiner Einbindung als ein einfaches Rohstoffe exportierendes Entwicklungsland scheint geplatzt. Für die USA war diese Initiative möglicherweise mehr ein Indikator eines neu aufkommenden gestärkten Rußlands als Weltmacht vergleichbar mit China oder Europa. Dieses Wiedererstarken aber steht im Gegensatz zu den Interessen einer, wenngleich weit überlegenen, Weltmacht und wird dann mit allen Mitteln verhindert werden. So wie die EU offenbar kein künftiges Eurasien auf Augenhöhe sehen möchte, wollen die USA keine weitere Großmacht und damit keine ausgedehnte polyzentrische Weltordnung.⁶

⁴ Das Bild des Scharniers verdeutlicht, daß aus dem östlichen Scharnierflügel Eurasiens Gas und Öl nach China, Nord- und Südkorea sowie Japan fließen und aus dem westlichen Scharnierflügel in die Länder der EU.

⁵ Die insbes. von Russland geplante Eisenbahnlinie von Südkorea über die Transsibirische Eisenbahn bis nach Berlin und Paris usw. verdeutlichen diese Brücke ebenso wie die gewaltigen Straßenprojekte Chinas durch die zentralasiatischen Länder.

⁶ Zu den Interessen der USA als Supermacht resp. zur Wahrung der einzigartigen Weltmachtposition gehören u.a. auch umfassende Abhörmaßnahmen (NSA usw.) und die internationale Ausdehnung der „Geltung“ US-nationaler Gesetze und Beschlüsse einschl. von Sanktionsmechanismen (wie bspw. zur Einhaltung des von den USA beschlossenen Embargos bspw. gegen den Iran auch durch bspw. deutsche oder französische Unternehmen) ebenso wie eine geopolitische Ausdehnung seiner Normen usw. wie bspw. über das geplante neue Freihandelsabkommen (as TTIP) mit der EU. Das Primat der US-Politik ist die Wahrung dieser

Die **Achillesferse der Eurasischen Union** (EAU) ist einfach zu erkennen. Die Dominanz Russlands in dieser Union ist langfristig nur zu verhindern, wenn viele Staaten der Union beitreten. Jeder zentralasiatische und transkaukasische Staat, der nicht beitrifft, schwächt das Konzept und erhöht den Attentismus der noch zögernden Staaten.

Seitens der EU wurden auch in Folge dieser eurasischen Konzepte alle Kooperationsgespräche und –planungen mit Russland abgebrochen und Russland fortan zu einer Art von Gegner sterilisiert. Der Präsident der Russischen Föderation, Putin hatte diesem geopolitischen Gegner quasi das Gesicht zu geben, so daß sich die Gegnerschaft als scheinbar als nur ad personam begründet und zu verstehen, dargestellt werden kann. Damit sollen die russisch-stämmigen Ostukrainer ruhig gehalten werden. Doch der Name steht zunehmend für das nationale Selbstverständnis des Landes und seines geopolitischen Anspruchs.

Die Achillesferse erkennend intensivierten sich die Bemühungen um jeden potentiellen Mitgliedstaat: Weißrußland, Moldawien, Ukraine, Armenien, Georgien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan. Das Werben um Weißrußland und Kasachstan erscheint nahezu aussichtslos und jenes um Moldawien und Georgien schnell gewonnen.

Aufgrund der Bedeutung der **Ukraine** für die Eurasische Union (Fläche, Bevölkerungsgröße, Marktgröße usw.) intensivierten die Vereinigten Staaten und die EU ihren „Kampf“ gegen eine Eurasische Union, gegen Russland und um die Ukraine. Das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU war bereits paraphiert (im März 2012) und der ukrainische Staatspräsident Janukowitsch zur Unterzeichnung bereit. Da verweigerte die EU (im Mai 2012, im Dez. 2012) die Unterschrift. Plötzlich forderte dieses Europa (mit einer Mehrheit im Parlament, der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister, wobei die deutsche Regierung mit treibend gewesen sein soll) die Freilassung von Julia Timoschenko.⁷ Mit dieser Forderung wurden gleichzeitig a.) die Opposition auf dem Maidan-Platz ermutigt, b.) Präsident Janukowitsch letztlich zum Gegner bzw. zumindest zur unerwünschten Person erklärt, c.) Russland seine Machtlosigkeit und der verabsolutierte Gegensatz „verdeutlicht“ und d.) den ukrainischen Oligarchen bzw. Milliardären ein Zeichen einer Win-Situation im Westen gegeben.⁸ Letzteres war notwendig, um eine zu erwartende Abspaltung der Ostukraine mit dem (u.a. Stahl- und Kohle-) Oligarchen Rinat Achmetow⁹, einem „Freund“ des Präsidenten Janukowitsch, zu vermeiden. Der deutsche Außenminister flog mehrfach zu ihm – auch bereits anlässlich der Mission der Außenminister des Weimarer Dreiecks am 21.2.2014.

Machtposition; sie hat oberste Priorität und wird befolgt mit jedem Präsidenten. Schließlich hat auch eine Supermacht eine Achillesferse.

⁷ Der ukrainische Präsident Janukowitsch war noch im Sept. 2013 zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens bereit, setzte es in Wilna im November 2013 aus, fuhr danach nach Brüssel zwecks Hilfe und erst darnach nach Moskau, welches schon seit längerer Zeit fest mit der Ukraine in der Eurasischen Union gerechnet hatte und Druck ausübte.

⁸ Vgl. auch (bereits seit 25.3.2014 im Internet !): Wilfried Fuhrmann, Die Krim, Bergkarabach und die Ukraine: Zur Territorialen Integrität;

http://www.essadbey.de/pdf/EB_Krim_Bergkarabach_Ukraine.pdf

⁹ In Abwandlung des bekannten Marketing-Clips: Mein Haus, mein Swimmingpool ... könnte der Milliardär Achmetow sagen: Mein Dombass, meine Arbeiter, meine Fußballer...

Insgesamt war es wohl eine machtpolitische „Meisterleistung“ - mit vielen Toten und wohl auch mit einem Größenwahn der europäischen Politiker,¹⁰ wobei etliche die Ziele und Wege der USA einfach zu ihren gemacht haben.

Worum geht es in diesem Machtspiel? Ist es die Verhinderung einer erfolgreichen Eurasischen Union und einer geopolitischen Erstarkung Russlands? Dass es möglicherweise nicht primär um die Verteidigung des internationalen Rechtes **der territorialen Integrität**, hier der der Ukraine, geht, dafür spricht die seit über 20 Jahren geduldete massive Verletzung der territorialen Integrität Aserbaidshans durch Armenien. Dass es nicht um das politisch fragile Prinzip der **Selbstbestimmung von Völkern** geht, erscheint sehr wahrscheinlich, wenn dazu stets auf die Verfassung des Landes verwiesen wird, selbst, wenn diese einen Austritt einer Region aus dem Staat nicht vorsieht bzw. nicht „fair“ regelt. Das Prinzip der territorialen Integrität wird dabei über das der Selbstbestimmung gestellt. Dabei lässt sich langfristig dieses Recht einem Volk nicht vorenthalten, will man keine Art von „Bürgerkrieg“ durch eine derartige Politik der Irreversibilität ggffs. in Kauf nehmen. Eine allgemein geregelte, realistisch faire Regelung der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes ist schon zur Sicherung der Nicht-Diskriminierung von sog. Minderheiten notwendig, in einem „heterogenen“ staatlichen Gebilde allemal.¹¹

In jedem Falle, zumindest seit den Krim-Ereignissen war das „Spiel“ um die Ukraine, eines für und um ihre Milliardäre/Millionäre¹² bzw. Oligarchen¹³. Denn die **Achillesferse von Oligarchien** wie der Ukraine und Russlands (aber auch anderer Länder bis hin zu China) ist offenkundig. Es sind die (gierigen, im Wettbewerb sich wählenden) Oligarchen, d.h. diese neuen mächtigen Kapitalisten.

Die Oligarchen scheinen jetzt offenbar befriedigt, das politische Management der Krise hat wieder funktioniert.¹⁴ **Die ukrainische Oligarchie ist mit neuer Perspektive aufgestanden und gefestigt.** Ihr neuer „Sprecher“ ist der neu gewählte Präsident der Ukraine: Petro O. Poroschenko.

¹⁰ Den Vorwurf des Größenwahns erhob Helmut Schmidt in einem Kommentar im Handelsblatt – allerdings (billigerweise) gegen die EU-Bürokratie und nicht direkt gegen die wahren politischen Verantwortlichen (auch nicht gegen die deutsche Kanzlerin (CDU) und den deutschen Außenminister (SPD) usw.).

¹¹ Der Hinweis auf die vermeintlich höhere Kriegsgefahr bei vielen Staaten ist inhaltlich falsch und nur politisch instrumentalisiert. Vgl. beispielsweise bereits 1798, Germanien, Briefe über die Vorzüge kleinerer Staaten und eine umfassende Literatur zu dem Thema. Das Prinzip der Subsidiarität, auch mit dem Ziel der gesellschaftlichen Stabilität und nicht nur der ökonomischen Effizienz, ist auch ein Ausfluß dieser Erfahrungen und Überlegungen.

¹² Die wohl bekanntesten sind u.a. Petro O. Poroschenko (Unternehmensgruppe Ukrprminvest, von Schokolade Roschen bis zu Rüstungsgüter); Rinat Achmetow (Dombass); Ihor Paliza (Ölmilliardär; Odessa); Ihor Kolomjski (Medien; Dniproptrowsk) sowie Serhij Tihipko (ursprünglich Vorstandsvorsitzender von LLG Svedbank und der Finanzgruppe TAS, hat dezidiert gegen Russisch als zweite Amtssprache gekämpft) und auch Julia Timoschenko (aus Dniproptrowsk, sowjetisch-zyprische Joint-Ventures, EESU Vereinigte Energiesysteme der Ukraine usw.). Dazu gehörte auch der nach Russland geflohene frühere Ministerpräsident Janukowitsch, wobei nicht nur er in purem Luxus schwelgte.

¹³ Die Bildung von privatem Eigentum erfolgte in den Geburtsjahren der Ukraine vielfach auch durch die Inbesitznahme/Aneignung von Staatseigentum – eine strafrechtliche Aufklärung und Verfolgung fand nicht statt! Sie wurde auch von der EU nicht gefordert. Die gegenwärtige Fast-Staatsinsolvenz der Ukraine, die der IWF und die EU bzw. die Steuerzahler zu vermeiden suchen, ist auch Folge dieser unrechtmäßigen und nicht verfolgten Aneignungen.

Hier entsteht eine gewisse Parallele in den Ursachen und der Krisenbekämpfung zwischen der Ukraine und Griechenland: Die unteren Schichten und der (auch deutsche) Steuerzahler „schultern“ die Kosten der Krise und halten die Millionäre/Milliardäre bei Laune.

¹⁴ In dieser scheinbar systematischen Art von politökonomischer Krisen-Politik und nicht in Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft, liegt eher eine Ursache für die mit der Monographie von Thomas Piketty, Das Kapital des 21. Jahrhunderts einhergehende Diskussion, daß die Einkommen der Reichen systemisch stärker steigen als die der Beschäftigten.

Oligarchen aus der jetzt herrschenden Gruppe wurden zuvor in mehreren sog. Revolutionen auf dem Maidan bezüglich ihrer politischen Macht bekämpft. Bekämpft wurde die hemmungslos korrupte Oligarchie mit ihrer für die Menschen katastrophalen Wirtschaftspolitik. **Auch die letzte Revolution auf dem Maidan war eine soziale, war ein Verteilungskampf um bessere Lebensbedingungen.**

Wie geht es weiter? Der neue Präsident verspricht - den militärischen Kampf in der Ostukraine bis zum Ende erfolgreich zu führen und sieht die Krim wieder ukrainisch werden. Ist dieses eine (implizite) Kampfansage an Russland? Die erstmalige Verleihung des Lech-Walesa-Preises am 3.6.2014 in Warschau an Mustafa Dschemilew, den Führer der Krim-Tataren, soll diesem Menschen auf der Krim Mut zum Kampf (für einen friedlichen Wandel) geben. Aber geraten die Krim-Tataren durch diese hoch angesiedelte, medienwirksame Ehrung letztlich wieder in eine bedrohliche Lage?

Die scheinbar persönliche **Begeisterung des deutschen Bundespräsidenten** für den neuen ukrainischen Präsidenten scheint so groß, wie sie negativ bezüglich Sotschi mit den olympischen Spielen und dem russischen Präsidenten war. Zur feierlichen Amtseinführung von Poroschenko will er fahren! Ein Einklang der Präsidenten der drei Länder des sog. Weimarer Dreiecks scheint zu bestehen.

In der Ukraine richten werden es die Oligarchen unter Poroschenkos.Führung.¹⁵ Sicherlich werden die Menschen der Ukraine unter den Oligarchen in den Genuß der **Werte** kommen, **für die Europa steht**. Oder gibt es Zweifel? Aber selbst für den Fall, das es nicht so sein wird, so bleibt diese Entwicklung immer noch ein Signal an die russischen Oligarchen. Dabei wird dieses Signal durch die gegenwärtigen anreizorientierten Sanktionen insbes. gegen die russischen Oligarchen (Einfrierung von Konten, Einreisebeschränkungen usw.) orchestriert. .

Der Militäreinsatz in der Ostukraine wirkt. Die Bewaffnung der Ukraine schreitet fort. Der Einsatz von Scharfschützen und Brandfackeln in Odessa ist nicht vergessen. Wohl aber sind es möglicherweise die Versprechen von Runden Tischen. Blut fließt in der Ostukraine, scheinbar täglich zunehmend mehr. Und ein sich landesweit ausbreitender Krieg erscheint nicht mehr ausgeschlossen.

Aber erscheinen blutige Auseinandersetzungen auch außerhalb der Ukraine möglich? Die Nato verstärkt ihre Präsenz an der Ostgrenze der Nato und damit in den östlichen Mitgliedern der Nato und auch der EU. Erfolgt dieses wirklich primär der Abschreckung einer vermeintlich möglichen russischen Aggression? Und/oder zur symbolischen Beruhigung der polnischen Politiker u.a. in ihrem Kampf für Nato-Einrichtungen im Lande? Und/oder erfolgt es mehr zur „Beruhigung“ der sich diskriminiert fühlenden russischen Minderheiten in diesen Ländern?

¹⁵ Die ultimative Forderung der USA und EU an den russischen Präsidenten, Poroschenko anzuerkennen und die Forderung zugleich mit harten Sanktionen zu bewehren ist Ausdruck der Macht, der Supermacht.

In der Ukraine wurde vor der Präsidentenwahl die Verfassung aufgehoben zugunsten einer alten Version. Eine Verbesserung der Situation der Russisch-Sprachler (der großen Minderheit) in Form bspw. einer Anerkennung von russisch als zweite Amtssprache oder bestimmter Autonomierechte erfolgte nicht. Welchen Anreiz hat Poroschenko zur Verbesserung der Lage der Minderheit nach der Anerkennung durch Russland? Schließlich wird er dieses über Jahr(zehnt)e mit dem Hinweis verweigern, dass man mit Russland quasi im Krieg steht – er wird also mit Ausnahmeregelungen regieren.

Dieses Ultimatum hat dabei den zentralen Nebeneffekt, der Welt die relative Machtlosigkeit Russlands (gemessen an der Supermacht) zu demonstrieren.

Polen ist angetan von den zusätzlichen Stationierungen, politischen Zusicherungen und hochrangigen Besuchern – stärkt dieses doch das Gewicht eines „Willigen“ (George W. Bush) auch in der EU und auch das der östlichen EU-Mitgliedsländer insgesamt gegenüber den etablierten (politisch „dominierenden“) westlichen Mitgliedern und Demokratien (UK, Frankreich, Spanien, Italien)..

Deutsche Politiker fordern überraschenderweise seit Jahresbeginn bei verschiedenen Anlässen eine stärkere militärische Präsenz Deutschlands (nicht nur in Afrika) und eine Erhöhung der Militärausgaben. **Eine neue Phase des Wettrüstens scheint anzubrechen.**¹⁶ Betreten wir wieder den Weg, den seinerzeit der amerikanische Präsident Ronald Reagan gegangen ist?

In der Ukraine steigt zugleich mit der gewählten militärische Strategie (statt Gesprächsrunden oder der diplomatischen Ebene) des ukrainischen Präsidenten Poroschenko **der Preis für Russland.** Ein (Gesichts-)Verlust würde die Position Russlands gegenüber China schwächen (und die Chinas stärken) und ebenso in Zentralasien sowie in der Kaukasusregion. Wird das Spiel: „Raketen in der Türkei/Kuba mit der Krise“ wiederholt?

Die Auswirkungen dieses stets steigenden Preises sollen Russland zum Beigeben bringen. Treten dann einige der **zentralasiatischen/kaukasischen Länder** der Eurasischen Union nicht mehr bei? Dieses erscheint unwahrscheinlich.

So hat **Armenien** bereits im Falle der Krim gegen die ukrainische territoriale Integrität gestimmt und wird beitreten, da es anderenfalls die okkupierten aserbajdschanischen Gebiete mit Bergkarabach wohl verlöre - oder werden die USA es Armenien über den Verlauf der Zeit mit einem „sicheren“ Ausgang zusichern?

Schließlich hat entgegen der westlichen Sicht **Aserbajdschan** „kein“ Problem: Bergkarabach – sondern Armenien eigentlich das der widerrechtlichen Okkupation mit negativen wirtschaftlichen Folgen. Aber die Völkergemeinschaft schweigt. Und ein Beitritt Aserbajdschans infolge der Aussicht auf eine Rückgabe von Bergkarabach ist selbst dann sehr teuer und somit sehr unwahrscheinlich. **Tadschikistan** lebt von den Überweisungen seiner jungen Menschen aus Russland und hat wohl keine realistische Alternative. Für **Kirgistan** gilt es entsprechend.

Usbekistan wird erst noch die wirtschaftliche Transformation (Aufbau insbes. von Industrie und Dienstleistungen) fortführen und dann mit einem erwarteten höheren wirtschaftlichen Gewinn wahrscheinlich beitreten.

Turkmenistan wird wahrscheinlich den Weg der einzelstaatlichen muslimischen Autonomie gehen. Seine Energiereserven könnte es via Baku/Aserbajdschan in Leitungen gen Westen verkaufen – allerdings steht dem das Kaspische Meer entgegen, weil der ungeklärte Rechtsstatus dort für lange Zeit zu einem russischen Nein zu einer Pipeline durch das Kaspische Meer führen muß. Es kann sie aber auch nach Russland und durch russische Leitungen verkaufen, woran Russland wegen seines strategischen Energievertrages mit China bei sinkenden Reserven im europäischen Teil zur Wahrung seiner Lieferverpflichtungen nach Europa besonders interessiert ist. Hier mag ein Weg für Turkmenistan liegen, durch den Verkauf an Russland in einer präferentiellen Situation selbst außerhalb der Eurasischen Union bleiben zu können.

Russland mag bei diesem Spiel mit einem steigenden Einsatz letztlich verlieren – aber viele Länder in der EU wohl auch. Nur die USA spielen ohne Risiko!

Wilfried Fuhrmann; Stand: 3.6.2014

¹⁶ Natürlich wird jede Seite betonen, dass sie nur nachzieht, weil die andere Seite seit Jahren ihre Ausgaben für das Militär erhöht oder einen großen technologischen Vorsprung hat.